

„Eurokrise vielleicht ein guter Ausgangspunkt, um stärkere Konvergenz zu schaffen“ – Markus Altmann von der Deutschen Bundesbank referierte an der TU Chemnitz über die Europäische Währungsunion

Der gemeinsame Währungsraum in Europa ist vor allem seit der Finanzkrise 2010 Teil politischer Debatten. Die einen sehen durch eine vertiefte Integration viele Chancen, andere befürchten durch den Euro eine Gefahr für die nationale Wirtschaft. Über die bisherige Bilanz des Euros und zukünftige Perspektiven für den gemeinsamen Währungsraum der Europäischen Union referierte Markus Altmann, Hauptverwaltung Sachsen und Thüringen der Deutschen Bundesbank, am 6. Dezember an der Technischen Universität Chemnitz. Zahlreiche Interessierte folgten der Einladung der Professur „Europäische Regierungssysteme im Vergleich“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Europa im Wahlmarathon – Ergebnisse, Herausforderungen, Perspektiven".

In seinem Vortrag ging Herr Altmann zunächst auf die Entwicklungsschritte hin zu einer gemeinsamen Währung ein. Zwei entgegensezte Theorien herrschen dabei in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur vor: Die sogenannte Krönungstheorie und die Schöpfungstheorie. Während bei ersterer die Einführung einer gemeinsamen Währung am Ende des Integrationsprozesses stehen sollte, geht sie im zweiten Ansatz politischen und wirtschaftlichen Konvergenzen voraus. Anders als von der Bundesbank favorisiert, gestaltete sich der Integrationsprozess in der Eurozone eher nach den Maßgaben der Schöpfungstheorie.

Der nächste Teil des Vortrages beschäftigte sich mit der Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf die Eurozone. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (kurz ESM), mit dem maroden Staaten wie Griechenland oder Spanien geholfen wurde, sei „Fluch und Segen“ zugleich, betonte Altmann. Zwar diene er als Druckmittel für die Umsetzung von wirtschaftlichen Reformen, jedoch bedeute er auch einen Verlust von nationalen Souveränitätsrechten und damit politischer Legitimität. Für die Zukunft müsse das Prinzip „Haftung und Kontrolle“ wieder in Einklang gebracht werden, wofür es jedoch keine glaubhafte Willensäußerung in der Europäischen Union gäbe, kritisierte Altmann.

Darauf aufbauend sah er in seinem Ausblick die Gefahr, dass eine neue Europäische Staatsschuldenkrise ausbrechen könnte. Sowohl Italien als auch Frankreich lägen mit ihrer Staatsverschuldung von jeweils zwei Billionen Euro in einer völlig anderen Dimension als Griechenland, die der jetzige Europäische Stabilitätsmechanismus nicht abfangen könne. Die Wirksamkeit von Strukturreformen und EU-Programmen zur Förderung der Investitionstätigkeit hingen auch vom politischen Willen der einzelnen Mitgliedsstaaten ab, so Altmann. In der derzeitigen Lage sei es deshalb „nicht so unklug, keine neuen Mitglieder mehr aufzunehmen“. Der erhebliche Nachholbedarf in einigen Eurozonenländern solle zunächst ausgeglichen werden, beispielsweise mit einer flexibleren Arbeitsmarktpolitik und einem anderen „wirtschaftlichen Zugpferd“ als dem Tourismus. Zudem müssten sich die unterschiedlichen Ansichten in Wirtschaft und Geldpolitik angleichen, um zukünftige Krisen zu vermeiden bzw. ihnen effektiver begegnen zu können. Dafür sei die „Eurokrise vielleicht ein guter Ausgangspunkt, um stärkere Konvergenz zu schaffen.“

(Autorin: Carolin Krutsch)